

JUGENDARBEIT MIT RECHTEN JUGENDCLIQUEN | Menschenrechtsorientierung und Bedürfniserfüllung

Stefan Borrmann

Zusammenfassung | Menschenrechte und Rechtsextremismus werden als zwei gegensätzliche Begriffe gesehen. Dies ist einerseits richtig. Betrachtet man jedoch rechte Jugendcliquen als eine Form des Rechtsextremismus und untersucht, welche Bedürfnisse durch die Cliquenzugehörigkeit für die Jugendlichen erfüllt werden, so zeigt sich, dass diese Bedürfnisse aus einer menschenrechtsorientierten Perspektive legitim sind. Jugendarbeit muss deshalb zum Ziel haben, demokratische Äquivalente zur Verfügung zu stellen.

Abstract | Human rights and right-wing extremism are seen as not compatible with each other. Looking at right-wing youth groups however shows that these groups have a basic function for the adolescents in providing the fulfilment of certain needs. These needs are legitimate from a human rights perspective. For social work this means that the aim of each intervention has to be to provide democratic equivalents of these needs through professional youth work.

Schlüsselwörter ▶ Jugendlicher

▶ Rechtsextremismus ▶ Menschenrechte
▶ Jugendgruppe ▶ Jugendkultur ▶ Jugendarbeit

Einleitung | Werden die Stichworte „Menschenrechte“ und „Rechtsextremismus“ beziehungsweise „rechte Cliquen“ genannt, dann fällt es auf Anheißer schwer, darin mehr als zwei diametral gegenüberstehende Dinge zu sehen. Aus dem Blickwinkel der Menschenrechte betrachtet sind rechtsextreme Wert- und Normvorstellungen zunächst schlicht ein inhumane normativer Gegenentwurf zu den Grundlagen der Menschenrechtsorientierung. In einem kurzen ersten Abschnitt soll diese Sichtweise entsprechend aufgegriffen und unter Berücksichtigung geschlechterspezifischer Aspekte erläutert werden. Ein ausführlicherer zweiter und dritter Abschnitt dieses Beitrages soll die Themenstellung jedoch erweitern und in einen größeren Kontext stellen. Dabei werden rechte

Jugendcliquen als *eine* Ausprägung rechtsextremistischer Vergemeinschaftungsformen näher betrachtet. Der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und menschlichen Bedürfnissen rückt hier in den Vordergrund und zeigt, dass rechte Cliquen für ihre Mitglieder wichtige Funktionen erfüllen, die Bedürfnisbefriedigungen erst ermöglichen. Dies geschieht aber auf Kosten anderer Menschen und ist deshalb eine illegitime Art der Bedürfniserfüllung. Auch hier spielen geschlechtsspezifische Aspekte eine zentrale Rolle und deren Erläuterung soll diese Sichtweise auf rechte Cliquen beispielhaft illustrieren.

Schließlich soll in einem vierten Abschnitt gefragt werden, inwieweit geschlechtersensible Arbeit mit rechten Jugendlichen die genannten Aspekte produktiv aufgreifen und damit reaktiv und präventiv wirken kann. Damit wird abschließend auch ein lange nicht ausreichend berücksichtigter Aspekt von menschenrechtsorientierter Arbeit im Bereich Rechtsextremismus ins Blickfeld gerückt.

Warum ist Rechtsextremismus ein Problem aus Menschenrechtssicht? |

Obwohl es in der einschlägigen Literatur über Rechtsextremismus eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen gibt (Schubart; Stöss 2000), lassen sich zwei zentrale Merkmale herausarbeiten, die in nahezu allen Definitionsversuchen vorkommen. Zum einen wird davon ausgegangen, dass dem Rechtsextremismus ein bestimmtes Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde liegt, zum anderen wird dieses immer auch mit einer Verhaltensdimension verknüpft, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zumindest akzeptiert und in der Regel sogar selbst anwendet (Borrmann 2006, S. 41 ff.). Beide Merkmale sollen im Folgenden unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte betrachtet werden.

Mehrere, den Menschenrechten widersprechende Aspekte spielen bei rechtsextremen Menschen- und Gesellschaftsbildern eine Rolle:

▲ *Das Individuum als Träger universeller Menschenrechte:* Das antiindividualistische Gesellschaftsbild der rechtsextremen Ideologie erkennt nicht an, dass das Individuum Träger universeller Menschenrechte ist (Fröchling 1996, S. 88). Damit steht Rechtsextremismus in fundamentalem Gegensatz zu den ethischen Grundlagen der Menschenrechte und von Handlungswissenschaften wie der Sozialen Arbeit, die sich mit ver-

Schau mir in die Augen ...

Mitte April 2016 findet ein alter Mann aus Istanbul bei einem Besuch auf der griechischen Insel Lesbos angesichts des Flüchtlingselends klare Worte:

„Wir haben geweint, als wir sahen, wie das Mittelmeer ein Grab für eure Lieben wurde. ... Wir haben aber auch geweint, als wir die Hartherzigkeit unserer Brüder und Schwestern sahen – eurer Brüder und Schwestern –, wie sie Grenzen schließen und sich abwenden. Jene, die Angst vor euch haben, haben nicht in eure Augen geschaut. Jene, die Angst vor euch haben, sehen eure Kinder nicht. Sie vergessen, dass Würde und Freiheit größer sind als Angst und Teilung.“

Der alte Mann ist Bartholomaios, Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel, das Oberhaupt der orthodoxen Christen weltweit. Er findet die einfachen, klaren Worte bei seinem Besuch auf Lesbos, zusammen mit Papst Franziskus. So einfach ist es eigentlich: Angst und Vorbehalte verschwinden und machen Platz für die Empathie, wenn wir den Anderen in die Augen schauen. Das Problem: Es ist viel einfacher, unverbindlich Abstand zu wahren.

Ende April fand die 7. Berliner Stiftungswoche zum Thema „Von der Würde des Menschen“ statt. In vielen Veranstaltungen, so auch dem „World Café“ im DZI am 20. April, wurde zum Thema der Flüchtlingshilfe herausgearbeitet, dass eine zugewandte Haltung gegenüber den Geflüchteten nicht allein erforderlich ist, um die Würde der geflüchteten Menschen zu wahren, sondern ebenso im Sinne der eigenen Würde der Helferinnen und Helfer.

Sich in die Augen schauen – eigentlich ganz einfach ...

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

schiedenen Ausprägungen des sich manifestierenden Rechtsextremismus beschäftigen. Werte wie Gleichheit, Gleichwertigkeit und Nichtdiskriminierung werden in der rechtsextremen Ideologie nicht anerkannt. Gleichheit wird verneint, indem die Unteilbarkeit der menschlichen Würde bestritten wird und als schützenswertes Individuum nur die Bürger und Bürgerinnen der eigenen Nation (anhand der rechtsextremen Definition) betrachtet werden.

▲ *Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung:* Zudem wird innerhalb des rechtsextremen Menschenbildes der Mensch nicht primär als Individuum gesehen, sondern als Angehöriger eines „größeren Ganzen“, eines Kollektives. Dies hat zur Folge, dass dem Einzelnen auch wesentlich mehr Pflichten als Rechte auferlegt werden. Der Wert der Nichtdiskriminierung, der auf dem der menschlichen Würde und Gleichheit beziehungsweise Gleichwertigkeit basiert, wird deshalb durch die rechtsextremistische Ideologie zentral verletzt.

▲ *Die Gleichwertigkeit des Menschen:* Auch die Gleichwertigkeit der Menschen wird in der rechtsextremen Ideologie bestritten. Grundlage hierfür ist entweder eine auf biologisch-genetische Unterschiede verweisende und daraus Wertigkeiten ableitende Form des Rassismus oder aber eine Argumentation mit dem Ethnopluralismus. Die Menschheit wird hier in ethnische Gruppen unterteilt, die im Laufe der Jahrhunderte eine spezifische Kultur ausgeprägt haben (*Fröchling* 1996, S. 99). Kultur ist in dieser Sichtweise jedoch ein nicht zu verändernder statischer Begriff, der zugleich mit Zuschreibungen in „höherwertig“ und „minderwertig“ verbunden ist. Aus der rechtsextrem begründeten Ungleichwertigkeit von Menschen werden auch Forderungen der Jugendlichen nach ungleicher Verteilung gesellschaftlich vorhandener Ressourcen verbunden. Hinzu kommt, dass auch die Geschlechter mit einer Wertigkeit versehen werden. Es werden biologisch definierte Rollen in der Gesellschaft zugewiesen, die als unveränderbar dargestellt werden.

Dass die Ausübung und generelle Akzeptanz von Gewalt – also das zweite konsensual angesehene Merkmal von Rechtsextremismus – gegen die Menschenrechte gerichtet und mit diesen unvereinbar ist, erschließt sich relativ einfach, weil alle gewalttätigen Handlungen gegen die Grundbedürfnisse der (potenziellen) Opfer gerichtet sind und somit das Bedürfnis nach physischer Integrität massiv verletzen. Sie bedrohen die körperliche Unversehrtheit eines Menschen (als Bedürfnis, als Wert und als Menschen-

recht). Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass rechtsextrem motivierte Gewalt das Leben und die Existenz von Menschen in Deutschland unmittelbar bedroht, nicht erst seit den Morden des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund).

Über den Zusammenhang von Menschenrechten und menschlichen Bedürfnissen | Die Arbeiten *Johan Galtungs* (1994) ausgenommen, werden Menschenrechte in der Regel über die antike Philosophie (*Wolbert* 1987), über den christlichen Glauben (*Virtz* 1989), das Naturrecht (*Kriele* 1980) oder über *Kants* Philosophie der Aufklärung (*Gadamer* 1988, *Bielefeldt* 2004) begründet. Anknüpfend an Arbeiten *Mario Bunes* (1989) können Menschenrechte und -pflichten jedoch auch als vergesellschaftete Vorstellungen über die Anerkennung unveräußerlicher Menschenwürde und den Anspruch auf Bedürfnisbefriedigung gesehen werden.

Auf die Frage, was Menschenrechte überhaupt sind, gibt die UNO eine Antwort, die menschliche Bedürfnisse mit einschließt: „Human Rights could be generally defined as those rights which are inherent in our nature and without which we cannot live as human beings. Human Rights and fundamental freedoms allow us to fully develop and use our human qualities, our intelligence, our talents and our conscience and to satisfy our spiritual and other needs. They are based on mankind’s increasing demand for a life in which the inherent dignity and worth of each human being will receive respect and protection“ (*United Nations* 1987, S. 4). Der Bezug auf Bedürfnisse wird in diesem Passus unsystematisch hergestellt. Menschenrechte erlauben es hiernach, „geistige und andere Bedürfnisse“ zu erfüllen – diese Bedürfnisse werden jedoch nicht näher spezifiziert.

Man kann also keinesfalls von einer Eins-zu-Eins Entsprechung von menschlichen Bedürfnissen (und Werten) und Menschenrechten ausgehen. Es muss vielmehr in zwei Richtungen gedacht werden: So ist einerseits die Möglichkeit, Bedürfnisse zu erfüllen, durch verschiedene Menschenrechte geschützt. Zum Beispiel wird das Bedürfnis nach physischer Integrität als Menschenrecht durch das Folterverbot (Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948) geschützt und gleichzeitig findet etwa das Menschenrecht auf Arbeitspausen (Artikel 24) seinen Ausdruck in dem Bedürfnis nach Regenerierung. In

diesem Sinne kann man also davon ausgehen, dass die Menschenrechte eine normative Sammlung von Regeln sind, welche die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse ermöglichen. Es gilt jedoch eine wichtige Einschränkung: Nur Handlungen, die andere nicht an der Bedürfnisbefriedigung hindern, um eigene Bedürfnisse zu erfüllen, sind als ethisch gut zu bewerten. Dies ist eine entscheidende Einschränkung, denn damit liegt ein Kriterium vor, nach dem Handlungen, die zur Bedürfniserfüllung eines Individuums beitragen, trotzdem moralisch falsch sein können und deshalb als illegitim betrachtet werden müssen. Bezogen auf das Thema Rechtsextremismus ist diese Einschränkung entscheidend.

Was haben rechte Jugendcliquen mit Bedürfnissen zu tun? | Will man über die Frage der Menschenrechtsorientierung im Bezug auf Rechtsextremismus nachdenken, ist es unerlässlich, das Feld definitorisch weiter einzugrenzen. Zu unterschiedlich sind die zahlreichen organisatorisch-strukturellen Ausprägungen von Rechtsextremismus. Aus diesem Grund sollen die folgenden Überlegungen auf rechte Jugendcliquen bezogen werden.

Von einer rechten Jugendclique wird dann gesprochen, wenn die rechten Orientierungen der Jugendlichen eine identitätsstiftende Funktion für die Clique einnehmen. Ein Indiz für eine solche Funktion kann sein, dass die Jugendlichen selber ihre rechten Weltbilder, Wert- und Normvorstellungen betonen, indem sie sie beispielsweise durch jugendkulturelle Stilaccessoires zur Schau stellen. Diese Einstellungen können aber auch latent vorhanden sein und sich eher durch diffuse Äußerungen bemerkbar machen, die gleichwohl aber für die Cliquenidentität bedeutend sind. Das zweite Merkmal, welches wichtig ist, um von einer rechten Jugendclique sprechen zu können, ist die Adaption von Stilmerkmalen der „klassischen“ rechten Jugendkulturen – und dies auch dann, wenn die vorhandene rechte Orientierung nicht ausdrücklich betont wird. Das zweite Merkmal ist deshalb so wichtig, weil durch diese Cliquen ein kultureller Raum besetzt wird und rechtsextreme Menschen- und Gesellschaftsbilder nach außen signalisiert werden. Es werden also zwei Definitionsmerkmale vorgeschlagen: Zum einen eine zumindest latent vorhandene rechte Einstellung in einer Clique und die gleichzeitige – auch partielle – Übernahme von Stilmerkmalen „eindeutig“ rechter Jugendkulturen.

Sucht man nach Merkmalen rechter Cliques, so lassen sich fünf herausarbeiten (Borrmann 2006, S. 55-94):

- ▲ rechtsextreme Menschen- und Gesellschaftsbilder;
- ▲ jugendkulturell-stilistische Merkmale;
- ▲ Gewaltakzeptanz und -verhalten;
- ▲ eine hierarchische Cliquenstruktur;
- ▲ hegemoniale Geschlechterrollenbilder.

Die grundsätzliche Frage ist, ob diese Merkmale rechter Cliques für ihre Mitglieder einen bedürfnistheoretischen Nutzen haben und worin dieser besteht.

▲ *Rechtsextreme Menschen- und Gesellschaftsbilder* haben für die Jugendlichen durchaus einen solchen Nutzen. Sie können zum Beispiel dazu dienen, das Bedürfnis nach handlungsrelevanter Information sowie auch das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, (definiert über ethnische Zugehörigkeit verbunden mit dem gleichzeitigen Ausschluss als nicht zugehörig Definierter) zu befriedigen. Aus Sicht einer menschenrechtsorientierten Arbeit sind die von den Jugendlichen vertretenen Menschen- und Gesellschaftsbilder jedoch aus den oben genannten Gründen abzulehnen.

▲ Problematisch an den *jugendkulturell-stildefinierenden* Merkmalen in den Cliques ist, dass diese definitorisch mit den Menschen- und Gesellschaftsbildern verknüpft sind. Der Ausdruck von sozialer Zugehörigkeit (und damit eventuell die Erfüllung eines Bedürfnisses) durch das Tragen bestimmter Kleidungsstücke oder die Verwendung von spezifischen Symbolen beziehungsweise Codes ist aus bedürfnistheoretischer Sicht zunächst positiv für die Jugendlichen. Wenn diese Symbole aber eindeutig Bezug auf die rechts-extremistische Ideologie nehmen, dann ist dies aus Sicht menschenrechtsoientierter Arbeit abzulehnen. Das Gleiche gilt für Musik: Nicht *dass* das Bedürfnis nach wahrnehmungsgerechter Stimulation unter anderem durch Schall befriedigt wird, ist ein Problem, aber *mit welcher Musik* dies geschieht, ist problematisch, weil die textlichen Botschaften rechter Musik in der Regel den Menschenrechten entgegenstehen.

▲ Gewaltakzeptanz und -verhalten widersprechen im Kern der Idee der Menschenrechte, wie oben bereits erläutert wurde.

▲ Die Cliquenstrukturen nehmen einen besonderen Status ein. Einerseits ist die Struktur, in der die rechten

Cliques organisiert sind, durchaus als problematisch zu beschreiben, da durch sie einige der Bedürfnisse der Jugendlichen verletzt werden, andererseits bietet sie aber auch Gelegenheit, andere Bedürfnisse zu erfüllen. Diesen ambivalenten Charakter der Cliquenstrukturen kann man in einer bedürfnistheoretischen Analyse näher zeigen (Borrmann 2006, S. 208-219). Insbesondere bei diesem Merkmal rechter Cliques lassen sich auch geschlechtsspezifische Besonderheiten herausarbeiten, die auch bei präventiven und intervenierenden Ansätzen eine Rolle spielen. Einige dieser Besonderheiten sollen im Folgenden erläutert werden:

Hierarchisches Geschlechterrollenverständnis: Die in den Cliques vorhandenen Geschlechterrollenbilder lassen sich mit Behinderungsregeln bezogen auf soziale Positionen beschreiben. Den Mädchen wird von den Jungen oft ein klar definierter Platz in den Cliques zugeschrieben, von dem die Mädchen nicht „aufsteigen“ können. Auch ist ihr Einfluss innerhalb der Clique relativ gering; Statusgewinne können sie oft nur über die Partizipation an Handlungen der Jungen erreichen. Begründet werden die Ungleichheiten in der sozialen Position mit einer „natürlichen“ Positionszuschreibung zu spezifisch männlichem und weiblichem Verhalten und damit verbundenen Rollen. Der Wert der Gleichwertigkeit zwischen den Geschlechtern und der Gerechtigkeit wird an dieser Stelle missachtet.

Hegemoniale Männlichkeitsvorstellungen werden über Territorialkonflikte in Cliques gewalttätig ausgetragen: Konkurrenzbeziehungen zwischen rechten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder aus anderen Jugendkulturen beziehen sich auch auf für Jugendliche geeignete Räume und damit Ressourcen. Sie zeigen zugleich, dass die Jungen in den rechten Cliques Geschlechterrollenbilder besitzen, die von Vorstellungen hegemonialer Männlichkeit geprägt sind. Die Mitglieder der Cliques versichern sich dieser Bilder gegenseitig. Cliques sind Bühnen, um diese Männlichkeitsvorstellungen zu erproben, und da Gewalt in dem Männlichkeitsbild einen zentralen Platz hat, wird diese durch Territorialkonflikte mit anderen Jugendlichen (aus anderen Jugendkulturen) ausgelebt. Machtquelle ist dabei körperliche Stärke, die es erlaubt, das Gegenüber in seiner physischen Integrität zu verletzen.

Starkes Hierarchiegefälle in Cliques: Dass in den Cliques starke informelle Hierarchien vorhanden sind, wurde schon thematisiert. Die Jugendlichen können zwar in

den Cliques eine Vielzahl von Bedürfnissen befriedigen, doch wird dabei eine ganze Reihe von Werten massiv infrage gestellt. Das „Ganze“ hat in den Cliques Vorrang vor dem Individuum (hier sind Freiheitswerte betroffen), Mädchen sind in den Cliques generell auf statusniedrigere Positionen festgelegt, ohne dass sich ihnen Aufstiegsmöglichkeiten bieten, Gleichwertigkeit und Nichtdiskriminierung werden also infrage gestellt, und mit Bezug auf die Durchsetzung von Behinderungsmachtregeln wird auch der Wert der Gewaltfreiheit missachtet.

Hierarchische Geschlechterbilder, Nationalismus und Ethnozentrismus werden zum Teil als gesellschaftlich legitim angesehen: Rechte Jugendliche beziehen sich auf eine von ihnen empfundene, sich mit ihren Vorstellungen deckende gesellschaftliche Stimmung, die hierarchische Geschlechterrollenbilder, Nationalismus und Ethnozentrismus akzeptiert und propagiert. An dieser Stelle treten mehrere Kriterienprobleme auf: Es ist festzustellen, dass Kriterien gesellschaftlicher Teilhabe zum Teil willkürlich angewendet werden, um vorhandene individuelle Probleme umzudefinieren. Dies findet sich nicht nur, wenn rechte Jugendliche soziale Probleme ihrer Lebenswelt ethnisieren, sondern auch dann, wenn Politiker und Politikerinnen ganze Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken für von ihnen real nicht verursachte Probleme abstempeln. Die Werte der Nichtdiskriminierung, der Gleichwertigkeit und auch der Gerechtigkeit werden hier teils massiv missachtet.

▲ Die in den Cliques vorherrschenden *Geschlechterrollenbilder* (Bormann 2002) und daraus resultierende Handlungen in den Cliques verletzen einige der zentralen Werte menschenrechtsorientierter Arbeit. So wird der Wert der Gleichwertigkeit der Geschlechter von Teilen der Jungen nicht anerkannt, und Mädchen wird ein niedrigerer Status zugewiesen. Auch wird der Wert der Nichtdiskriminierung von den Jugendlichen in den Cliques verletzt, indem die Jungen den Mädchen nur bestimmte Rollen zuerkennen und sie auf diese festlegen. Deutlich wird hier auch aus bedürfnistheoretischer Sicht, dass Mädchen in den Cliques nur anerkannt werden, wenn sie sich in die vorgegebenen Rollenmuster einfügen. Das garantiert ihnen, dass sie die Bedürfnisse, die mit einer generellen Mitgliedschaft verbunden sind, befriedigen können, gleichzeitig ist es ihnen aber zum Beispiel nicht mehr möglich, das Bedürfnis nach Unverwechselbarkeit zu befriedigen. Zudem, das zeigen vielfältige Forschun-

gen zu Cliques maskulinen Handlungstyps, gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen dem auf hegemonialer Männlichkeit basierenden Rollenverständnis der Jungen und gewalttätigen Territorialkonflikten mit Cliques anderer Jugendkulturen oder ethnischer Herkunft. Ein solches Rollenverständnis ist also auch in Teilen dafür verantwortlich, dass der Wert der Gewaltlosigkeit verletzt wird.

Was lässt sich aus der Analyse für die Jugendarbeit mit rechten Jugendcliques folgen? |

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, dass rechte Cliques aus einem menschenrechtsorientierten Blickwinkel betrachtet ganz unterschiedliche Dimensionen beinhalten. Zum einen gibt es Merkmale rechter Cliques, die aus Sicht der Menschenrechte ganz eindeutig abzulehnen sind. Zum anderen zeigt ein genauerer Blick auf die Gruppenstrukturen rechter Cliques, dass diese grundlegende Bedürfnisse der Jugendlichen erfüllen. Bedürfnisse, deren Befriedigung – so absurd es auf den ersten Blick anmuten mag – auch für die rechten Jugendlichen ein Menschenrecht ist. Ein Interventionsziel von Jugendarbeit mit rechten Cliques muss es demnach sein, den Jugendlichen nicht einfach die (für sie) positiven Eigenschaften der Cliquenmitgliedschaft zu nehmen. Deshalb gilt es, Wege zu finden, die den Jugendlichen ermöglichen, dieselben Bedürfnisse mit legitimen Mitteln, also in einer Art, die andere Menschen nicht negativ beeinflusst, zu befriedigen. Diese Art der Prävention und Intervention sollte das Ziel von Jugendarbeit mit rechten Jugendcliques sein.

Bestehende Ansätze der akzeptierenden Jugendarbeit greifen diese Aspekte bereits auf, auch wenn sie sich zum Teil auf andere theoretische Grundlagen beziehen. So basieren die Arbeitsansätze des Vereins zur Förderung der akzeptierenden Jugendarbeit (VAJA 2007, Bleib u.a. 2004) unter anderem auf einer Analyse der Gründe für die Nähe zu rechtsextremen Einstellungen von Jugendlichen. Die zentrale Annahme ist nun, dass eine Distanzierung durch die (Re-)Integration dieser Jugendlichen hergestellt werden kann. „Entsprechend muss Soziale Arbeit darauf ausgerichtet sein, solche Distanz- und Distanzierungskonstellationen – soweit vorhanden – zu sichern und im Falle ihres Mangels oder ihres gänzlichen Fehlens aufzubauen; letzteres schwerpunktmäßig gerade in solchen Umfeldern der nachwachsenden Generation, in denen die oben genannten Gefährdungen in Richtung auf

eine Normalisierung von Beständen von Menschenfeindlichkeit und ihre Mobilisierung und Instrumentalisierung durch Mitglieder von rechtsextremen Organisationen in erkennbarer Weise kulminieren“ (Bleiß u.a., S. 575).

Kurt Möller und Nils Schuhmacher haben diesen Grundgedanken mit Verweis auf die „Pädagogik der funktionalen Äquivalente“ (Böhnisch 2012) weiterentwickelt. Das von ihnen vorgeschlagene Modell KISSeS (Kontrolle, Integration, Sinnliches Erleben, Sinnerfahrung, erfahrungsstrukturierende Repräsentationen und Selbst- und Sozialkompetenzen) hat unter anderem zum Ziel, „dass es gilt, politisch, gesamtgesellschaftlich, pädagogisch und sozialarbeiterisch dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen Funktionserwartungen, die von Akteuren auf ein problematisches Verhalten projiziert oder gar als von ihm eingelöst erlebt werden, auf andere Weise Erfüllung erfahren können. Am Beispiel: Wer Selbstwert und Stärke vermeint über Rassismus und Gewalt aufbauen und demonstrieren zu können, sollte Gelegenheiten offeriert bekommen, in denen die Erfahrung möglich, ja wahrscheinlich wird, dass eben diese Bedürfnisse auch ganz anders – und dabei sogar besser – befriedigt werden können“ (Möller; Schuhmacher 2015, S. 122). Damit ist bezogen auf die Jugendarbeit genau das als Handlungskonzept ausformuliert, was in diesem Text zuvor erläutert wurde. Ohne eine Akzeptanz der individuellen (im Sinne einer individuell-funktionalen Systemintegration, Bleiß u.a. 2004, S. 574) Beweggründe rechtsextremer Jugendlicher wird die Intervention und die Prävention in diesem Bereich nicht erfolgreich sein.

Professor Dr. Stefan Bormann, Dipl.-Pädagoge, ist Professor für internationale Sozialarbeitsforschung und Dekan an der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut. Er lehrt Theorien Sozialer Arbeit, Internationale Soziale Arbeit und Jugendarbeit. E-Mail: stefan.bormann@haw-landshut.de

Literatur

Bielefeldt, Heiner: Die Würde als Maßstab. Philosophische Überlegungen zur Menschenrechtsbildung. In: Mahler, Claudia; Mihr, Anja (Hrsg.): Menschenrechtsbildung. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden 2004

Bleiß, Karin u.a.: Distanz(ierung) durch Integration. Neue konzeptionelle Grundlagen für aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem bzw. menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. In: neue praxis 6/2004, S. 568-589

Böhnisch, Lothar: Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. Weinheim und München 2012

Bormann, Stefan: Rechte Jugendcliquen. Analysen – Erklärungen – pädagogische Handlungsmöglichkeiten. Rostock 2002

Bormann, Stefan: Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Grundlagen der Konzeptentwicklung. Wiesbaden 2006

Bunge, Mario: Ethics. The Good and the Right. Dordrecht, Boston und Lancaster 1989

Fröchling, Helmut: Die ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus. Grundstrukturen rechtsextremistischer Weltanschauung. Politischer Stil, Strategien und Methoden rechtsextremer Propaganda. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin 1996

Gadamer, Hans Georg: Die Menschenwürde auf ihrem Weg von der Antike bis heute. Stuttgart 1988

Galtung, Johan: Menschenrechte – anders gesehen. Frankfurt am Main 1994

Kriele, Martin: Befreiung und politische Aufklärung. Plädoyer für die Würde des Menschen. Freiburg im Breisgau 1980

Möller, Kurt; Schuhmacher, Nils: Eckpunkte und Elemente eines landesweiten Aktionsplans gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in Baden-Württemberg – eine Expertise. Esslingen 2015 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Kinder-Jugendliche/ZPJ_Expertise-GMF_Sept_2015.pdf, abgerufen am 3.3.2016)

Schubart, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000

United Nations: Human Rights. Questions and Answers. New York 1987

VAJA – Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V.: Distanz(-ierung) durch Integration. Aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. Konzept, Praxis, Evaluation. Bremen 2007 (http://vaja-bremen.de/wp-content/uploads/2015/03/distanzierung_durch_integration-konzept_praxis_evaluation-2007.pdf, abgerufen am 3.3.2016)

Virtz, Rudolf: Menschenrechte in Ost und West. Mainz 1989

Wolbert, Werner: Der Mensch als Mittel zum Zweck. Münster 1987

COMMUNITY ORGANIZING IN DEUTSCHLAND

Lothar Stock

Zusammenfassung | Der nachfolgende Beitrag setzt sich mit dem aktuellen Stand von Community Organizing (CO) in Deutschland auseinander. Hierbei bildet das CO im Umfeld der Sozialen Arbeit sowohl den Ausgangs- als auch den inhaltlichen Bezugspunkt der dargestellten Entwicklungen. Da die aktuelle Bestandsaufnahme jedoch historisch erwachsen ist, ist zu deren richtigen Einordnung zudem auch ein kurzer Blick in die Geschichte der Rezeption von CO hierzu-lande unabdingbar. Dem vorangestellt erfolgen einleitend einige knappe Ausführungen zum CO in den USA.

Abstract | The following article deals with the current state of community organizing in Germany. Community organizing in social work will serve as the starting point and as the content-related reference point of the developments described. However, since the current documentation takes account of historical perspectives, it will be necessary to briefly sketch the history of community organizing reception in our country in order to provide a temporal context. Previously, some short introductory explanations on community organizing in the USA will be presented.

Schlüsselwörter ► Gemeinwesenarbeit
► Soziale Arbeit ► Methode ► community
► Sozialraum ► Alinsky, Saul

1 Der Ausgangspunkt: Chicago Ende der 1930er-Jahre | Das Konzept von Community Organizing wurde ab Ende der 1930er-Jahre in den USA maßgeblich von *Saul D. Alinsky* (1909-1972) entwickelt. Als Sohn russisch-orthodoxer Juden selbst in einem der schlimmsten Slums von Chicago aufgewachsen, hatte er sich die Organisierung von bislang politisch sprachlosen Bevölkerungsgruppen zur Aufgabe gemacht. Ausgangspunkt seiner Aktivierungsstrategien bildete dabei zumeist der Stadtteil (territorialer Bezug), aber auch gemeinsame Themen (funktionaler Bezug) oder kollektive Lebenslagen (kategorialer Bezug) dienten als mögliche Anknüpfungspunkte für sein CO.

Prägend für *Alinskys* Vorgehensweise war das „Organisieren von Organisationen“ (broad based organizing), also eher die institutionelle als die individuelle Ebene. Dies setzte natürlich das Vorhandensein entsprechender Organisationen voraus. Im Chicago der 1930er- bis 1940er-Jahre waren dies insbesondere die Gewerkschaften sowie die Katholische Kirche, aber auch das von *Jane Addams* geführte Hull House als erstes Settlement in den USA. Dazu gesellten sich die von *Alinsky* initiierten Stadtteil- oder Nachbarschaftsorganisationen (neighbourhood-councils).

Alinsky verglich seine Organisationsarbeit immer wieder mit den entsprechenden Aktivitäten der Gewerkschaften, nur war sein Wirkungskreis nicht der Produktionssektor (Betrieb), sondern der Reproduktionsbereich (das Leben im Stadtteil), und seine Zielgruppe war nicht der (meist gewerkschaftlich organisierte) Facharbeiter, sondern eher die industrielle Randbelegschaft. So setzten sich die Mitglieder der ersten von *Alinsky* initiierten Bürgerorganisation „Back of the Yards“ (im Deutschen übersetzt als „Gewerkschaft der Hinterhöfe“) auch vornehmlich aus Tagelöhnern des Chicagoer Schlachthofs zusammen, deren gemeinsamer Lebensort das Gebiet hinter dem selbigen war. Die finanzielle Unabhängigkeit dieser Organisationen von staatlichen Geldern war für *Alinsky* genauso ein absolutes „Muss“ wie die eherne Regel „Tue nie etwas für andere, was diese auch selbst tun können“. 1940 gründete *Alinsky* die „Industrial Area Foundation“ (IAF), die noch heute als renommiertes Trainings- und Ausbildungsinstitut für CO in den USA wirkt, aber auch in Großbritannien (Citizens UK) und in Deutschland (Deutsches Institut für Community Organizing) Fuß gefasst hat.

Im Laufe der Jahre entstanden in den USA, unabhängig von *Alinsky*, weitere Zusammenschlüsse von Bürgerorganisationen mit zum Teil anderen Aktivierungsstrategien. Diese setzen dann eher am einzelnen Individuum an und können damit in Abgrenzung zum „broad based organizing“ als „individual based organizing“ bezeichnet werden. Als weitere, aktuell vielleicht sogar dominante Richtung in den USA ist das „churched (oder auch congregational) based organizing“ zu nennen. Die verschiedenen Kirchengemeinden (im Stadtteil) bilden hierbei den Ausgangspunkt des Organisierungsprozesses. Der Vollständigkeit halber sei hier noch das „transformative organizing“ rund um *Eric Mann* angeführt, das sich, in starker

Abgrenzung zu *Alinsky* und der IAF, als radikales, Gesellschaft veränderndes oder auch „revolutionäres“ Organizing versteht (Mann 2011b).

Um die Bedeutung von CO in den USA zu illustrieren, sei letztlich noch erwähnt, dass US-Präsident *Barack Obama* nach Abschluss seines Studiums für eine Zeit lang als IAF-Organizer in Chicago tätig war, und auch die jetzige Präsidentschaftskandidatin der Demokraten, *Hillary Clinton*, stand in jungen Jahren in persönlichem Kontakt zu *Saul Alinsky*.

2 Die Rezeption von Community Organizing in Deutschland | Folgt man *Dieter Oelschlägel* (1999), so lassen sich in der Bundesrepublik Deutschland drei Wellen der Rezeption von CO unterscheiden. Entgegen der Auffassung von *Alinsky*, dass eine Bürgerorganisation „keine philanthropische Spielwiese oder irgendein sozialer Klimbim einer Wohlfahrtsorganisation“ (*Alinsky* 1999, S. 128) sei, sowie dessen deutlicher Kritik an der Settlement-Bewegung mit dem ebenfalls in Chicago angesiedelten Hull House von *Jane Addams* als lokaler Bezugspunkt, bewegten sich alle drei CO-Rezeptionswellen mehr oder weniger im Rahmen der Sozialen Arbeit. So vertrat zum Beispiel *Herbert Lattke* Mitte der 1950er-Jahre (erste Welle) die Meinung, CO sei eine grundlegende Methode der Sozialen Arbeit (*Oelschlägel* 2014, S. 231). Allerdings scheint damit doch wohl eher die eindeutig sozialarbeiterisch geprägte Community Organization gemeint zu sein. Aber auch dies spielte in der zur damaligen Zeit vorgefundenen Praxis in Deutschland, in der die Einzel(fall)hilfe sowie die soziale Gruppenarbeit eindeutig dominierten, keine nennenswerte Rolle.

Die zweite Welle der CO-Rezeption geht unmittelbar mit der Etablierung der Gemeinwesenarbeit (GWA) als „Dritte Methode der Sozialen Arbeit“ ab Mitte der 1960er-Jahre einher. Mit „Leidenschaft für den Nächsten“ (1973) und „Die Stunde der Radikalen“ (1974) machte der Burckhardt-Verlag (Gelnhausen und Berlin) *Alinskys* Schriften „Reveille for Radicals“ (1946/1969) und „Rules for Radicals – A Pragmatic Primer for Realistic Radicals“ (1972) nun auch der deutschen Leserschaft zugänglich. Anders als noch bei der ersten Welle fanden *Alinskys* Ideen und praktische Ansätze jetzt auch Eingang in die theoretischen Konzepte vieler GWA-Projekte und zuweilen ebenso – zumindest temporär – in deren konkretes Handeln. Allerdings verblieb CO damit

auch weiterhin weitestgehend im Rahmen der Sozialen Arbeit. Erst die im Jahr 1984 im Lamuv-Verlag unter dem Titel „Anleitung zum Mächtigsein“ erschienene Zusammenfassung zentraler Kapitel aus beiden Büchern brachte *Alinsky* einem breiteren, über die Soziale Arbeit oder konfessionelle Engagement hinausgehenden Leserkreis näher. Teile der damaligen (neuen) sozialen Bewegungen wie zum Beispiel die Frauenbewegung, Friedensbewegung und Anti-AKW-Bewegung wurden somit auf CO aufmerksam.

Den Beginn der dritten Welle der CO-Rezeption in Deutschland verortet *Oelschlägel* Anfang der 1990er-Jahre (*Oelschlägel* 1999, S. 183). Ausgehend von einer von vier Studierenden der Katholischen Fachhochschule Freiburg im Jahr 1992 verfassten Diplomarbeit zum Vergleich der bundesdeutschen GWA mit dem CO in den USA (*Mohrlok* u.a. 1993) entstanden nun erstmals ernsthafte praktische Versuche, *Alinskys* Konzept auf die spezifischen Bedingungen hierzulande und die hiesige Wohlfahrtsorganisation zu übertragen. Tagungen und Trainings zu CO wurden nun durchgeführt sowie Studienreisen nach Chicago organisiert. Auch an den Aufbau eines eigenen CO-Projekts wurde von Anfang an gedacht, praktisch jedoch blieb es weitestgehend beim Einbringen von CO-Elementen in bestehende GWA-Projekte. Im Jahr 1995 wurden alle diese Aktivitäten im „Forum für Community Organizing e.V.“ (FOCO) zusammengeführt und vereinsrechtlich institutionalisiert. Als weitere explizite Verortung von CO in Deutschland wurde im Jahr 2006 an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin das „Deutsche Institut für Community Organizing“ (DICO) gegründet. Im Gegensatz zum pluralistischen Ansatz von FOCO sieht sich dieses jedoch ausschließlich in der Tradition der IAF verwurzelt.

Vor dem Hintergrund der entstehenden Diskussion zur Zivilgesellschaft ab etwa der Jahrtausendwende, vor allem aber auch im Hinblick auf die zum Teil drastisch sinkenden Mitgliederzahlen haben sowohl die beiden großen Kirchen in Deutschland als auch Teile der Gewerkschaften (ver.di, IG Metall) CO für sich entdeckt und versuchen, mit entsprechenden Strategien ihre Vitalität und die damit verbundene Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger wieder unter Beweis zu stellen. Aber auch auf der politischen Ebene erfährt CO im Zusammenhang mit der Diskussion um bürgerschaftliches beziehungsweise freiwilliges Engagement eine entsprechende Aufmerksamkeit. So wird

beispielsweise jüngst im Abschlussbericht der Studie „Engagement im Quartier“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumordnung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Bonn) festgehalten, dass „eine stärkere Verbreitung der Idee ‚Community Organizing‘ [wünschenswert wäre], da in benachteiligten Stadtteilen die klassischen Ansätze der kommunalen Bürgerbeteiligung nicht mehr ausreichen“ (*Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumordnung* 2015, S. 78). Ob mit diesen Entwicklungen eine vierte oder gar fünfte Welle der Rezeption von CO in Deutschland eingeleitet wurde beziehungsweise wird, bleibt an dieser Stelle einmal dahingestellt.

3 Zum aktuellen Stand von Community Organizing in Deutschland | Die vorangegangenen Ausführungen weisen bereits auf ein differenziertes Bild zum CO in Deutschland hin. Grob lassen sich vier unterschiedliche Stränge unterscheiden, die nachfolgend genauer betrachtet werden:

- ▲ CO in Zusammenhang von GWA und Sozialer Arbeit, ansatzweise auch darüber hinaus (FOCO);
- ▲ CO als „broad based organizing“ nach der IAF (DICO);
- ▲ CO als gewerkschaftliches Organizing (ver.di, IG Metall) sowie
- ▲ CO im Rahmen von (neuen) sozialen Bewegungen (Zivilgesellschaft, „transformative organizing“).

3-1 CO in Zusammenhang von GWA und Sozialer Arbeit | Wie anhand der dargelegten Rezeption von CO in Deutschland deutlich wurde, ist *Alinsky*s Ansatz hierzulande stark mit der GWA und damit auch mit der Sozialen Arbeit verknüpft. Hieraus entstanden allerdings nur in den seltensten Fällen die von ihm propagierten eigenständigen und handlungsmächtigen Bürgerorganisationen. Stattdessen fanden einzelne Elemente und Aktivierungsmethoden aus dem CO mal mehr, mal weniger Eingang in das Handlungsrepertoire von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, vorwiegend in der GWA, aber auch darüber hinaus, beispielsweise im „Empowerment“. Die Professionellen jedoch waren (und blieben) in aller Regel Angestellte der großen Wohlfahrtsverbände.

Die von *Alinsky* geforderte Eigenständigkeit und auch finanzielle Unabhängigkeit der Bürgerorganisation lag und liegt dabei in weiter Ferne. Für die Professionellen barg und birgt diese Situation stets zumin-

dest potenzielle Loyalitätskonflikte mit deren Anstellungsträgern in sich. In den 1970er-Jahren scheiterten nicht wenige der neu entstandenen, sich auf *Alinsky* beziehenden GWA-Projekte an dieser Konstellation Bürgerin/Bürger (Mandatsgeber) – Wohlfahrtsverband (Arbeitgeber) – Kommune (Geldgeber). Am Rande einer Tagung der Victor-Gollancz-Stiftung über „Möglichkeiten und Grenzen konfliktorientierter Gemeinwesenarbeit“ im Herbst 1975 in Berlin proklamierte eine Gruppe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern gar den Tod der gesamten GWA, gestorben unter anderem an „finanzieller Auszehrung und politischer Disziplinierung“ (*Graf* u.a. 1976, S. 7). CO verlor damit gleichsam wichtige Ansatzorte zu ihrer Umsetzung in die bundesrepublikanische Praxis.

Mit dem Verhaftetsein von CO in der GWA beziehungsweise in der Sozialen Arbeit war zugleich die Zielgruppe entsprechender Organisationsmodelle und Aktivierungsstrategien vorgegeben: sogenannte „sozial benachteiligte Personengruppen“, in zum Teil deutlich marginalisierter Form wie beispielsweise Bewohnerinnen und Bewohner von Obdachlosensiedlungen. Ähnlich wie diesen Menschen war damit auch CO innerhalb der Sozialen Arbeit eher ein Rand(gruppen)dasein zugewiesen. Erst mit der Erweiterung des Handlungsfeldes auf „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ und der damit verbundenen Abkehr von der ausschließlichen Fixierung auf „Soziale Brennpunkte“ ab Ende der 1990er Jahre gerieten auch weniger stark exkludierte Bevölkerungsgruppen in das Blickfeld und den Aktionsradius von CO. Die Hochzeit einer sich politisch begreifenden Sozialen Arbeit war zu diesem Zeitpunkt jedoch schon lange vorüber.

Heute findet man eine Vielfalt unterschiedlicher CO-Ausprägungen in diesem Sektor vor. Neben den nach wie vor existenten, in den 1970er-Jahren entstandenen GWA-Projekten, die immer wieder Elemente von CO für ihre Arbeit im Stadtteil nutzen, sind nun auch eigenständige Stadtteilorganisationen wie beispielsweise der schon früh gegründete „Bürgerverein Satellitenviertel“ (Düren) oder die deutlich jüngeren Initiativen „Malstatt gemeinsam stark“ (Saarbrücken) sowie „Starke Nachbarschaften durch aktive Beteiligung“ (Leipzig) getreten. Diesen ist es gelungen, ihre Arbeit organisatorisch sowie finanziell auf die eigenen Füße zu stellen, ihr Wirken basiert jedoch allein auf ehrenamtlicher Basis der sich in den Initiativen engagierenden Aktiven. Die Größe der Organisationen

ist dabei meist recht überschaubar und Themen mit unmittelbarem Bezug zum Stadtteil stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Dennoch sind die fiskalischen Auswirkungen dieser Engagements mitunter nicht unerheblich. Circa 150 000 Euro betragen die jährlichen Einsparungen bei den Mietkosten der 400 Mieterhaushalte im Dürener Satellitenviertel nach einer vom dortigen Bürgerverein erfolgreich durchgeführten Aktion gegen die beabsichtigte Mieterhöhung; hinzu kommen noch einmal zirka 38 000 Euro jährliche Einsparungen der Kommune im Rahmen verminderter Wohngeldzahlungen (Schaaf 2014, S. 74). Gar rund eine Million Euro haben die bei „Malstatt gemeinsam stark“ engagierten Bürgerinnen und Bürger zum Erhalt beziehungsweise für den Neubau der Wilhelm-Meyer-Brücke, „Saarlands schönster Fußgängerbrücke“ (Marx; Schmitz 2014, S. 116) und zugleich wichtige Querverbindung zwischen dem oberen und dem unteren Malstatt, mit CO-Strategien erkämpft.

Auch einzelne Projekte, die im Rahmen des seit Ende der 1990er-Jahre bestehenden Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ gefördert werden, beziehen Elemente von CO mal mehr, mal weniger stark in ihre Arbeit mit ein, auch wenn in diesem Programm eher das moderierende Quartiersmanagement als eine aktivierende Gemeinwesenarbeit im Vordergrund steht. Ein Beispiel hierfür ist die Initiative „Aktive Nachbarschaft“ in Baesweiler/Setterich (Fischer 2014, S. 119 ff.). Selbst wenn sich derartige Projekte in kommunaler Trägerschaft befinden, gibt es „bei einer reflektierten und authentischen Haltung des Gemeinwesenarbeiters erstaunliche Handlungsspielräume“ (Berger 2014, S. 201), die unter anderem auch den Rückgriff auf Handlungsansätze aus dem CO ermöglichen.

Neben dem territorialen Zugang agiert CO, wie eingangs gezeigt wurde, auch ebenso auf der funktionalen sowie auf der kategorialen Ebene. Das Forum KinderarmUT Uslar und das in Dresden beheimatete Kulturbüro Sachsen e.V. sind nur zwei Beispiele dafür, wie Elemente von CO auch in weitere Bereiche der Sozialen Arbeit Eingang gefunden haben. Erreichte Ersteres mit einer bis auf die Ebene des Bundestags getragenen Kampagne sowohl höchste politische Aufmerksamkeit als auch konkrete Verbesserungen in der örtlichen Handhabung des Bildungs- und Teilhabepakets für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld-II-Leistungen (forumkinderarmut-uslar.de), nut-

zen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zweiten hier angeführten Beispiels Handlungsansätze von CO, um vor dem Hintergrund vielfältiger rechter und rechtsextremistischer Aktivitäten im Freistaat Sachsen „demokratische Diskurse zu vitalisieren und zivilgesellschaftliche Bürgeraktivitäten zu fördern“ (Bringt 2014, S. 154). Als Beispiel für den kategorialen Ansatz von CO und gleichsam über die Soziale Arbeit hinausgehend sei hier auf den in Stuttgart ansässigen Verein „myself e.v. zur gegenseitigen Förderung am Arbeitsmarkt“ verwiesen. Hier haben sich insbesondere ehemalige Angestellte der Firma ALCATEL/SEL zusammengeschlossen, um einen „andere[n] Umgang mit Erwerbslosigkeit“ zu praktizieren und sich unter anderem „gegenseitig bei der Jobsuche und Existenzgründung“ zu unterstützen (www.myself-ev.de).

3-2 CO als „broad based organizing“ nach der IAF | Ganz anders als die oben dargelegte „bunte Vielfalt“ von CO, bei der sich die berechtigte Frage stellen lässt, ob dies auch wirklich alles CO ist, kennt das „broad based organizing“ nach der IAF nur einen einzigen Weg: den Aufbau von handlungsmächtigen, eigenständigen „Bürgerplattformen“ als Zusammenschluss bereits bestehender Organisationen (Penta 2007). Das „Deutsche Institut für Community Organizing“ (DICO) mit dessen Direktor, Professor Dr. Leo Penta von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen, steht in Deutschland an der Spitze dieser nachfolgend beschriebenen Ausrichtung von CO.

Als Zusammenschluss von über 20 Mitgliedsorganisationen aus den Berliner Stadtteilen Nieder- und Oberschöneweide gründete sich im Jahr 2000 mit „Menschen verändern ihren Kiez / Organizing Oberschöneweide“ die erste Bürgerplattform in Deutschland. Mit finanzieller Unterstützung von ortsansässigen Unternehmen sowie eigenen Mitgliedsbeiträgen der Mitgliedsorganisationen gelang es erstmals in der Bundesrepublik, unabhängig von staatlichen Geldern einen professionellen Organizer für die Arbeit einzustellen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Aktivitäten der Bürgerplattform in den ersten Jahren ihres Bestehens war es, der weiteren Verödung des zu DDR-Zeiten einseitig industriell geprägten Stadtteils entgegenzutreten. Konzentrierte Bemühungen um die Ansiedelung der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) auf einer Industriebrache in Oberschöneweide erschienen hierfür als ein geeigneter Weg, der schließlich 2004 mit der Entscheidung des Landes Berlin für

diesen Standort von Erfolg gekrönt war. Das im Jahr 2009 verwirklichte Vorhaben „bedeutete eine öffentliche Investition von etwa 110 Millionen Euro in den Stadtteil und Arbeitsplätze für mehr als 7 000 Hochschulangehörige“ (Renner; Penta 2014, S. 47) mit weitgehenden Folgewirkungen in der öffentlichen und auch privaten Infrastruktur.

Ähnliche Bemühungen zum Aufbau einer Bürgerplattform wurden in den Jahren 2000 bis 2004 im Hamburger Stadtteil St. Georg unternommen und danach in den Stadtteilen Hamm und Horn fortgesetzt. Dort gründete sich mit 17 Mitgliedsorganisationen 2007 die Plattform „ImPuls-Mitte“, die jedoch im Jahr 2013 die Zusammenarbeit mit DICO beendete. In Berlin existieren aktuell drei Bürgerplattformen, die nach dem Modell des „broad based organizing“ der IAF arbeiten: „Wir sind da“ (Wedding/Moabit, gegründet 2008), „WIN – Wir in Neukölln“ (gegründet 2012 mit 1 150 Anwesenden bei der Gründungsversammlung) und „SO! Mit uns“ (aus „Organizing Schöneweide“ hervorgegangen und nun den gesamten Südosten Berlins einbeziehend, gegründet 2012). Nach Penta und Düchting (2014, S. 57) bestehen diese drei Bürgerplattformen aus „über 90 zivilgesellschaftlichen Gruppen und vertreten etwa 75 000 Berliner/innen“. Allesamt sind in benachteiligten Stadtteilen verortet und greifen Themen aus diesem lokalen Umfeld, aber auch darüber hinaus auf, wie zum Beispiel die Kandidatenbefragung zur Wahl des Berliner Bürgermeisters 2011. Die zweieinhalbjährigen Bemühungen zum Aufbau einer entsprechenden Bürgerplattform in Nordrhein-Westfalen mündeten Mitte Oktober 2015 in der Gründung von „STARK! im Kölner Norden“, einem Zusammenschluss von mehr als 30 Kirchen- und Moscheegemeinden sowie kulturellen und sozialen Initiativen aus den nördlichen Stadtteilen Chorweiler, Ehrenfeld und Nippes. Zur Finanzierung derartiger Aufbauarbeit im Rahmen von DICO existiert seit Ende 2010 ein bundesweites Fördernetzwerk für Community Organizing in Deutschland, an dem die Körber-Stiftung, der Generali-Zukunftsfonds, die BMW-Stiftung sowie die Zeit-Stiftung beteiligt sind (Renner; Penta 2014, S. 49).

Die Unterschiede zwischen dem vorab beschriebenen gemeinwesenarbeitsorientierten beziehungsweise sozialarbeiterisch intendierten CO und dem „broad based organizing“ des DICO liegen auf der Hand. Letzteres spielt in einer „anderen Liga“ und kann die

vorhandenen personellen Kapazitäten in uneingeschränkter Form für CO zum Einsatz bringen, während in der Sozialen Arbeit Beschäftigte in aller Regel von ihrem Anstellungsträger primär einen (ganz) anderen Arbeitsauftrag erhalten haben und CO daher nur eher am Rande mitverfolgen können. Inwieweit die mit Stiftungsgeldern erkaufte finanzielle Unabhängigkeit von staatlichen Fördermitteln tatsächlich eine weitestgehende Freiheit im eigenen Handeln zur Folge hat, wäre an den Konditionen, unter denen diese Gelder letztlich vergeben werden, allerdings noch genauer zu untersuchen.

Auch bezüglich der jeweils angesprochenen Zielgruppe unterscheiden sich die beiden Herangehensweisen. Sind es im „broad based organizing“ stets bereits in irgendeiner Form organisierte Menschen, stehen in der Sozialen Arbeit und damit auch in der Gemeinwesenarbeit dagegen meist die Einzelperson, deren Organisationspotenziale mitunter erst noch geweckt werden müssen, im Fokus der Aktivitäten. Übereinstimmung herrscht bei beiden Herangehensweisen jedoch im gemeinsamen Ziel, auf der individuellen Ebene Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Interessen zu erkennen, diese öffentlich zu vertreten und sie zusammen mit anderen möglichst durchzusetzen, sowie auf der gesellschaftlichen Ebene zu mehr Demokratie im Alltag und Stadtteil beizutragen.

3-3 CO als gewerkschaftliches Organizing |

Wieder ganz anders stellt sich CO im Umfeld von Gewerkschaften dar, denn Ansatzort der Organisierung ist hier traditionell der Arbeitsplatz, also der Produktionsbereich und nicht der Stadtteil (Reproduktionsbereich). Von den Einzelgewerkschaften des DGB sind hier insbesondere ver.di, vor allem aber die IG Metall zu nennen. Die veränderte gesellschaftliche Ausgangssituation in den 1990er-Jahren mit der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie der Erosion der den Arbeitgebern vormals abgerungenen Flächentarifen führte dazu, dass das klassische gewerkschaftliche Kampfmittel, der kollektive Streik der Beschäftigten, nur noch bedingt als Druckmittel in den anstehenden Arbeitskämpfen eine entsprechende Wirkung entfalten konnte. Neben die Zunahme der unorganisierten Randbelegschaft in den Betrieben trat ein enormer Mitgliederschwind in den eigenen gewerkschaftlichen Reihen. Diese Situation vor Augen musste auch innerhalb der Gewerkschaften nach neuen Kampfformen sowie entsprechenden Aktivierungs-

und Organisierungskonzepten Ausschau gehalten werden. Fündig wurde man bei *Saul D. Alinsky* und *Martin Luther King*. Die traditionelle Gewerkschaftsarbeit sollte somit näher an die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen herangeführt und beide sollten miteinander verbunden werden.

Praktisch umgesetzt wurde dieses neue Konzept zum ersten Mal im Rahmen der „Schlecker-Kampagne“ 1994/1995. Aufgrund des geringen Organisationsgrads der Beschäftigten der Drogeriekette war es wenig Erfolg versprechend, die Auseinandersetzung mit der Geschäftsleitung unter anderem um die Initiierung einer verfassungsrechtlich verbrieften, betrieblichen Arbeitnehmervertretung ausschließlich am Arbeitsplatz zu führen. Stattdessen wurden die in den Filialen vorherrschenden Arbeitsbedingungen verstärkt in Organisationen der Zivilgesellschaft (Kirchen, Frauen- und Friedensgruppen, Parteien etc.) hinein- und letztlich auch an die Kundinnen und Kunden von Schlecker herangetragen. „Hier fand Gewerkschaft als soziale Bewegung statt“ (*Wohland* 2014, S. 77). Der Konzern musste sich schließlich geschlagen geben und die Gründung von Betriebsräten zulassen. Ähnliche Kampagnen fanden in den Folgejahren zum Beispiel zur City Bank, bei Quelle/Schöpflin, Mediamarkt, Hertie, Edeka, Bofrost und Ikea, aber auch gegen die Privatisierung von beispielsweise Krankenhäusern oder in der Auseinandersetzung um das Streikrecht in kirchlichen Einrichtungen statt (*ebd.*). Mit der Kampagne gegen den Lebensmittel-discounter Lidl in den Jahren 2004/2005 erreichte ver.di zudem eine breite, bundesweite Öffentlichkeit hinsichtlich der Beschäftigungspraktiken im Bereich der Billiganbieter insgesamt. CO ist seitdem bei ver.di „angekommen“ (*Bremme* 2007).

Wesentlich später als ver.di entdeckte die IG Metall und hier insbesondere deren Jugendorganisation *Saul Alinsky* und dessen Organisierungsstrategien für ihre Arbeit. Unter Rückgriff auf CO sollte nicht nur die gewerkschaftliche Jugendorganisation von der traditionellen Mitgliederorganisation in eine „Beteiligungsorganisation modernen Typs“ (*Leiderer* 2014, S. 170) transformiert werden. Unter diesen Prämissen startete die IG Metall Jugend im Januar 2009 die Kampagne „Operation Übernahme“, bei der in vielfältiger Form auf die unterschiedlichen Herangehensweisen von CO zurückgegriffen wurde. Insbesondere das Anknüpfen an die Lebenswelt der jungen Kolleginnen und Kollegen, der nicht zu unterschätzende „Spaßfaktor“ so-

wie eine jugendgemäße Ansprache in den Betrieben waren hierbei zentrale Elemente. Zu Letzterem gehörte selbstverständlich auch der zielbewusste Einsatz der neuen Medien als bedeutungsvolles Merkmal heutiger jugendlicher Lebenswelten. So wurden in der heißen Phase der Kampagne, im Frühjahr 2012, über die sozialen Netzwerke im Internet „über 2,5 Millionen Menschen mit einer einzigen Meldung erreicht“ (*ebd.*, S. 173). In den nachfolgenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern konnte die Kampagne erfolgreich abgeschlossen werden. Die unbefristete Übernahme für Ausgelernte ist damit in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie ab dem Jahr 2013 tarifvertraglich festgeschrieben.

Zur Unterstützung der Kampagnenarbeit im Rahmen der „Operation Übernahme“ wurde 2010 *Alinsky*s zum wiederholten Mal vergriffenes Buch „Anleitung zum Mächtigsein“ nach der redaktionellen Überarbeitung und Aktualisierung durch die IG Metall Jugend unter dem neuen Titel „Call Me a Radical. Organizing und Empowerment – Politische Schriften“ in einem jugendgemäßen Layout sowie mit einem Nachwort des damaligen zweiten und späteren ersten Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzel, wieder veröffentlicht (*Alinsky* 2011). Diese Autorenschaft ist ein deutlicher Hinweis auf den Stellenwert von CO nicht nur in der Jugendabteilung, sondern in der gesamten IG Metall.

In der Frankfurter Zentrale der Gewerkschaft wurde in den Jahren 2009/2010 eine neue, eigenständige Abteilung „Organizing“ aufgebaut, in der über ein Dutzend hauptamtlicher Organizer beschäftigt sind. Insbesondere neu gegründete Betriebe aus dem Bereich der „Neuen Technologien“ (zum Beispiel in der Windindustriebranche) stellen hier eines der zentralen Handlungsfelder des gewerkschaftlichen Organizing dar. Unter Rückgriff auf CO soll in diesen systematisch eine Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Federführung der IG Metall aufgebaut werden. Als methodisches Handlungsinstrument wurde hierfür der sogenannte „Organizing-Blitz“ entwickelt. Dabei führen in CO geschulte, aktive Gewerkschaftsmitglieder innerhalb weniger Tage mit möglichst vielen (unorganisierten) Beschäftigten eines fremden Betriebs persönliche Gespräche mit dem Ziel, diese für ein gewerkschaftliches Engagement zu gewinnen. Auf diese Weise konnten bereits in zahlreichen Betrieben gemeinsam mit den dort

Beschäftigten gewerkschaftliche Strukturen aufgebaut, Betriebsräte gewählt oder die Tarifbindung gestärkt werden (Wetzfel 2013).

Der Zusammenhang von Organizing im Produktions- und den Lebensverhältnissen im Reproduktionsbereich soll abschließend noch einmal mit den Worten von *Susanne Kim*, Organizerin bei der IG Metall, veranschaulicht werden: „Organizing für Gewerkschaften bedeutet gemeinsam mit den Menschen aktiv für mehr Demokratie und Macht in den Betrieben einzutreten. Sie selbst sind die Akteure der Veränderung. Das ist die Voraussetzung zur Gestaltung einer gerechten Gesellschaft, in der die Beschäftigten und ihre Familien gute Arbeits- und Lebensbedingungen haben“ (zitiert nach *Leiderer* 2014, S. 175). Deutlich wird dabei aber auch die nach wie vor bestehende Fokussierung des gewerkschaftlichen CO auf den betrieblichen Sektor, während die beiden zuvor beschriebenen Stränge sich doch eindeutig auf ein territoriales Gemeinwesen beziehen. Auch bei der Zielgruppe bestehen entsprechende Unterschiede. Handelt es sich bei den Gewerkschaften doch stets um Menschen, die in irgendeiner Form in den betrieblichen Arbeitsprozess eingebunden sind, während beim CO im Rahmen der Gemeinwesen- beziehungsweise Sozialarbeit doch nicht selten gerade hiervon exkludierte Personen im Fokus der Aktivitäten stehen. Kritisch mit dem gewerkschaftlichen Organizing setzt sich zudem *Ulrich Wohland* (2014, S. 79) auseinander, wenn er fragt, „wer hier wen verändert: Die neuen Ideen die Organisation oder die Organisation den neuen Arbeitsansatz?“

3-4 CO im Rahmen von (neuen) sozialen Bewegungen | Dass die Ideen von *Saul Alinsky* und sein Wirken nicht ohne Einfluss auf die (neuen) sozialen Bewegungen geblieben sind, wurde in den vorangegangenen Ausführungen schon mehrfach angedeutet, soll im Folgenden aber als aktuell vierter Strang von CO in Deutschland noch einmal gesondert aufgegriffen werden. Einen entscheidenden Impuls in diesem Bereich gab, wie eingangs bereits erwähnt, das von *Karl-Klaus Rabe*, selbst Friedensaktivist, 1984 herausgegebene Buch „Anleitung zum Mächtigsein.“ *Alinskys* Ideen zum Aufbau von Bürgerorganisationen, insbesondere aber auch dessen kreative Beispiele eines gewaltfreien Widerstands sowie erfolgreicher Kampagnenarbeit fielen nun auch bei der Friedens-, der Anti-AKW- sowie anderen Protestbewegungen

hierzulande auf fruchtbaren Boden. Seinen konkreten Ausdruck fand dies zum einen in unzähligen direkten Aktionsformen der (neuen) sozialen Bewegung. So ist beispielsweise hinter dem vielerorts skandierten Slogan „Ich kann nichts, ich bin nichts, gib mir eine Uniform“ nur unschwer *Alinskys* fünfte Regel seiner Machttaktiken zu erkennen: „Spott ist die stärkste Waffe des Menschen. Es ist fast unmöglich gegen Spott anzukämpfen. Außerdem macht er den Gegner wütend, welcher dann zu deinem Vorteil reagiert“ (*Alinsky* 1999, S. 141).

Zum anderen wurden in Anlehnung an das „10-Days-Training“ der IAF in den 1990er-Jahren nun auch in Deutschland zehntägige Trainings in Organizing durchgeführt, mit denen Aktiven aus gesellschaftlichen Initiativen – und somit jenseits der Sozialen Arbeit – das für das Organisieren wesentliche Rüstzeug vermittelt werden sollte. 1998 erschien schließlich bei der Stiftung Mitarbeit das Heft mit dem an *Karl-Klaus Rabe Alinsky*-Veröffentlichung angelehnten Titel „Die Organizer Spirale – Eine Anleitung zum Mächtig-Werden für Kampagnen, Initiativen, Projekte“ (*Eberhard* u.a. 2011). Die Veröffentlichung einer dritten Auflage des Heftes im Jahr 2011 belegt dessen nach wie vor vorhandene Aktualität und damit auch die Bedeutung von CO im Rahmen der (neuen) sozialen Bewegung. Für einen der Autoren ist *Alinskys* Ansatz „immer noch die wesentliche Methodik [...], um Selbstermächtigung und auch Nachhaltigkeit in der gesellschaftspolitischen Wirkung zu erreichen“ (*Schöffmann* 2014, S. 221).

„Kann *Alinsky* für linke Strategien genutzt werden?“ war eine der Fragen, die im Workshop „USA und Deutschland im Vergleich: Staat und Zivilgesellschaft“ im Rahmen der von der Rosa Luxemburg Stiftung Ende September 2009 in den Räumen der IG Metall in Berlin veranstalteten Tagung „Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise“ diskutiert wurden. Bereits der englische Untertitel der Veranstaltung, „Transformative Organizing – Strategies to Challenge the Cuts and Change Society“, wies darauf hin, dass hier CO in einer breiteren Form betrachtet werden sollte. So befand sich unter den Vortragenden unter anderem auch der US-Amerikaner *Eric Mann*, der als Direktor des Labor/Community Center in Los Angeles in deutlicher Kritik an sowie in Abgrenzung zu *Alinsky* das Konzept eines „transformative organizing“ vertritt (*Mann* 2011a). Inhaltlich

lässt sich mit diesem Ansatz sehr viel eher an die in Deutschland im Wesentlichen von Hamburg ausgehende „Recht auf Stadt“-Bewegung und ähnlichen Initiativen aus dem linken Spektrum anknüpfen als mit dem CO der GWA beziehungsweise Sozialen Arbeit, der Bürgerplattformen oder der Gewerkschaften. Mit der auszugsweisen Übersetzung und Veröffentlichung von *Manns* Thesen in „Standpunkte 29/2011“ machte die Rosa Luxemburg Stiftung das „transformative organizing“ gleichsam auch einem über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung hinausgehenden Publikum bekannt. Als deutscher Vertreter des Konzepts ist *Robert Maruschke* (2014) zu nennen, der sich insbesondere mit den Bürgerplattformen des Berliner DICO kritisch auseinandersetzt. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung von *Manns* Ideen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Realität Deutschlands fehlt es allerdings bis heute an konkreten Beispielen.

CO und (neue) soziale Bewegungen sind zwei verschiedene Dinge (ausführlich *Rothschuh* 2013). In beiden Bereichen geht es jedoch darum, dass sich Menschen zusammenschließen, um gemeinsam für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu streiten und damit letztlich auch für eine Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu kämpfen. Die Gewichtung dieser beiden Ziele ist aber deutlich unterschiedlich. Während in den (neuen) sozialen Bewegungen stets eine langfristig angestrebte gesellschaftliche Utopie mitverfolgt wird, steht beim CO in aller Regel ein konkretes, unmittelbares Anliegen verstärkt im Fokus der Aktivitäten.

4 Fazit | CO ist in Deutschland angekommen und findet in unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren sowie mit zum Teil divergierenden Konzepten statt. Damit ist CO seiner lange Zeit ausschließlich in der GWA beziehungsweise der Sozialen Arbeit verorteten Verwurzelung Stück für Stück entwachsen. *Alinsky* selbst wollte es dort ja nie verankert wissen! Mit dieser breiten Vielfalt von CO droht aber gleichsam die Gefahr einer inhaltlichen Unschärfe. Die GWA hat mit diesem Umstand seit der Entstehung dieses „Kunstabegriffs“ und dessen Einführung als „Dritte Methode der Sozialen Arbeit“ stets zu kämpfen gehabt. Aber genau so wenig, wie es *die* GWA gibt, gibt es auch nicht *das* CO. Sich hier dogmatisch auf nur eine einzige „Spielart“ versteifen zu wollen, negiert die große Diversivität in beiden Bereichen.

Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den in diesem Beitrag herausgearbeiteten aktuellen vier Strängen von CO in Deutschland wurden an den entsprechenden Stellen genannt. Dabei ging es in keinerlei Weise um eine Unterscheidung in „gut“ oder „schlecht“ beziehungsweise was CO ist und was nicht, sondern stattdessen um die Offenlegung, vor welchem jeweiligen Hintergrund CO aktuell in Deutschland betrieben wird. Diese Prämissen bestimmen Stärken und Schwächen sowie Grenzen und Möglichkeiten von CO bei dessen jeweils konkreter Umsetzung.

Die vier hier dargestellten aktuellen Stränge von CO in Deutschland erheben keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit, geben aber nach Ansicht des Verfassers die derzeit dominanten Richtungen vor. So haben beispielsweise auch die Parteien sowie die beiden großen Religionsgemeinschaften angesichts weiterhin anhaltender, teilweise dramatischer Mitgliederverluste – analog zu den Gewerkschaften – Strategien des CO für sich entdeckt. Darüber hinaus wird CO auch innerhalb der Politikwissenschaft unter demokratietheoretischen Überlegungen ebenfalls diskutiert (*Huber* 2010).

Auf die vielfältigen, internetgestützten Kampagnen (zum Beispiel Online-Petitionen, crowd funding, flash mobs), die bewusst oder unbewusst auf Elemente von *Alinskys* Aktivierungs- und Organisationsstrategien zurückgreifen, wurde zudem in keinerlei Hinsicht eingegangen. Der Beitrag bleibt damit der unmittelbaren Face-to-face-Interaktion verhaftet, wohlwissend, dass jenseits der realen eine zunehmend bedeutungsvolle virtuelle Welt, auch und gerade in Bezug auf CO, ihre Wirkungsmacht entfaltet.

Professor Dr. phil. Lothar Stock, Dipl.-Pädagoge, lehrt seit 1999 Sozialarbeitswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft, Technik und Kultur in Leipzig mit den Schwerpunkten Methoden der Sozialen Arbeit, Gemeinwesenarbeit, Sozialpolitik und Armutsforschung. E-Mail: lothar.stock@htwk-leipzig.de

Literatur

- Alinsky**, Saul D.: Leidenschaft für den Nächsten. Gelnhausen und Berlin 1973
Alinsky, Saul D.: Die Stunde der Radikalen. Gelnhausen und Berlin 1974
Alinsky, Saul D.: Anleitung zum Mächtigen. Ausgewählte Schriften. Göttingen 1999

Alinsky, Saul D.: Call me a radical. Organizing und Empowerment – Politische Schriften. Göttingen 2011

Berger, Tilman: „Es gibt bei einer reflektierten und authentischen Haltung des Gemeinwesenarbeiters erstaunliche Handlungsspielräume“. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 200

Bremme, Peter: Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. Hamburg 2007

Bringt, Friedemann: Vom Community Organizing lernen: Arbeit für demokratische Kultur – gegen Rechtsextremismus. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 153

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumordnung (Hrsg.): Engagement im Quartier. In: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2015/DL_ON042015.pdf (Bonn 2015, abgerufen am 15.3.2016)

Eberhard, Ulla u.a.: Die Organizer Spirale. Eine Anleitung zum Mächtig-Werden für Kampagnen, Initiativen, Projekte. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 18. Bonn 2011

Fischer, Ute: Aktive Nachbarschaft in Baesweiler / Setterich. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 119

Graf, Pedro; Raiser, Christine; Zalfen, Manfred: Sozialarbeit im Obdachlosenbereich. Gemeinwesenarbeit zwischen Betroffenen und Institutionen. Berlin 1976

Huber, Stefan: Community Organizing in Deutschland. Eine „neue“ Möglichkeit zur Vitalisierung lokaler Demokratie? KWI-Arbeitshefte. Potsdam 2010

Lattke, Herbert: Soziale Arbeit und Erziehung: Ihre Ziele, Methoden und psychologischen Grundlagen. Freiburg im Breisgau 1955

Leiderer, Eric: Die Kampagne „Operation Übernahme“ der IG Metall Jugend. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 170

Mann, Eric: Playbook for progressives: 16 qualities of the successful organizer. Boston 2011a

Mann, Eric: Transformatives Organizing. Praxistheorie und theoriegeleitete Praxis. In: Standpunkte 29/2011b

Maruschke, Robert: Community Organizing: Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung – eine kritische Einführung. Münster 2014

Marx, Anne-Marie; Schmitz, Frank: „Malstatt gemeinsam stark“ (MaGS) – Büro für Selbstorganisation und Beteiligung in Malstatt. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 110

Mohrlok, Marion u.a.: Let's organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich. München 1993

Oelschlägel, Dieter: Nachwort. In: Alinsky, Saul D.: Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen 1999, S. 175-188

Oelschlägel, Dieter: Community Organization und Gemeinwesenarbeit. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 231

Penta, Leo (Hrsg.): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg 2007

Penta, Leo; Düchting, Frank: Für eine lebendige Zivilgesellschaft – Community Organizing in Bürgerplattformen. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 53

Rothschuh, Michael: Community Organizing im Kontext Sozialer Bewegungen. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2013 vom 25.10.2013 (http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_rothschuh_131025.pdf; abgerufen am 25.9.2015)

Renner, Gisela; Penta, Leo: Community Organizing in Deutschland. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 43

Schaaf, Hermann: Den aufrechten Gang organisieren – Community Organizing und Gemeinwesenarbeit: frühe Erfahrungen in der Tradition von Saul D. Alinsky. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 69

Schöffmann, Dieter: „Über den Zusammenhang von Geld und Organisieren habe ich von Cesar Chavez gelernt“. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 220

Wetzel, Detlef (Hrsg.): Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung. Hamburg 2013

Wohland, Ulrich: Campaigning and Organizing. Gewerkschaften und Soziale Bewegungen – ein Plädoyer für eine integrierende Lesart von Saul D. Alinsky. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Bonn 2014, S. 76

Internetquellen

www.aktive-nachbarschaft-setterich.de

www.buergergesellschaft.de

www.buergerverein-satellitenviertel-dueren.de

www.forumkinderarmut-uslar.de

www.igmetall.de

www.impuls-mitte.de

www.kulturbuero-sachsen.de

www.malstatt-gemeinsam-stark.de

www.myself-ev.de

www.organizing-berlin.de

www.rechtaufstadt.net

www.rosaluxemburgstiftung.de

www.starke-nachbarschaften.de

www.verdi.de

www.win-berlin.org

www.wirsindda.com